

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Monika Lazar, Irmingard Schewe-Gerigk, Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/5511 –

Lokale Aktionspläne und Kriseninterventionen – eine Bewertung der Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Kampf gegen den Rechtsextremismus

Vorbemerkung der Fragesteller

2007 starteten zwei neue Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus: „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ (19 Mio. Euro/Jahr) und „Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ (5 Mio. Euro/Jahr).

In beiden Programmen sollen staatliche Strukturen stärker als bisher Verantwortung im Kampf gegen den Rechtsradikalismus übernehmen. Die Neuausrichtung der Mittelvergabe kann dazu führen, dass die gesammelten Erfahrungen bewährter zivilgesellschaftlicher Initiativen unberücksichtigt bleiben, während staatliche Akteure, in ihre neue Aufgabe erst hineinwachsen müssen. Erste Reaktionen aus den vergangenen Monaten der Umsetzung der Programmarbeit zeigen leider, dass das Zusammenwirken staatlicher und nichtstaatlicher Akteure in vielen Fällen nicht funktioniert bzw. die notwendige Zusammenarbeit seitens öffentlich-rechtlicher Stellen nicht immer angestrebt wird.

Besonders gefährdet ist die Arbeit gegen Rechtsextremismus in Regionen, in denen das Handeln von kommunalen Verantwortlichen Weitblick und Sensibilität für die Problematik vermissen lassen. Ein bestürzendes aktuelles Beispiel vom April 2007 ist das Treffen des Landrats Dr. Gerhard Gey (CDU) aus Grimma (Sachsen) mit jungen Aktivisten aus dem NPD-Umfeld. Der Landrat empfing die rechtsextreme Delegation direkt in seinem Amtssitz und wertete ihre politische Ideologie damit auf. Dass er ihnen – wie danach in einer NPD-Pressemitteilung behauptet – Geld aus dem Neunzehn-Millionen-Programm des Bundes gegen Rechts in Aussicht stellte, hat er mittlerweile öffentlich bestritten. Dass er jedoch den Anspruch der „Toleranz“ ziemlich naiv auch auf Verfassungsfeinde anwendet, ist offensichtlich.

Dieser aktuelle Vorfall und die sich nach ersten Erfahrungen abzeichnende Vernachlässigung der bisher zu Recht geförderten Arbeit aus der Zivilgesellschaft heraus werfen die Frage nach der Kontrolle und Überwachung der Programmmittel durch den Bund auf.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Das Programm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ – „VIELFALT TUT GUT.“ – wurde am 1. Januar 2007 gestartet. Damit begann am 1. Januar 2007 auch die Projektförderung in Säule 1. Um einen rechtzeitigen Projektförderbeginn zu gewährleisten, wurde in zwei Förderphasen vorgegangen.

In einer ersten Phase (Vorverfahren) wurden ab 1. Januar 2007 die ersten 24 Lokalen Aktionspläne gefördert. Hierbei handelt es sich um förderfähige Lokale Aktionspläne, die von den Ländern bis 6. Dezember 2006 identifiziert und damit bereits Ende des Jahres 2006 bewilligt werden konnten.

In einer zweiten Phase (Hauptverfahren) wurden die Kommunen, Landkreise und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften aufgerufen, sich an einem Interessenbekundungsverfahren zu beteiligen. Fristgerecht haben bis zum 31. Januar 2007 216 Kommunen, Landkreise und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften eine Interessenbekundung eingereicht. Diese äußerst positive Resonanz verdeutlicht, dass sich die Verantwortlichen in den Kommunen, Landkreisen und Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften ihrer Verantwortung bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus, der Fremdenfeindlichkeit und des Antisemitismus bewusst sind und sich aktiv – in Zusammenarbeit mit den Akteuren der Zivilgesellschaft – diesem Problemfeld stellen.

Seitens des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird dabei großer Wert darauf gelegt, dass die Stärkung von Toleranz und Demokratie als gemeinsame Aufgabe der kommunal Verantwortlichen und der Zivilgesellschaft verstanden wird. Deshalb werden die lokalen zivilgesellschaftlichen Akteure und Einrichtungen an der Programmumsetzung vor Ort maßgeblich beteiligt – bei der Erstellung und Fortschreibung des Lokalen Aktionsplans, als Vertreterinnen und Vertreter im lokalen Begleitausschuss oder als Träger von Einzelprojekten und Maßnahmen.

1. Auf welche Weise stellt die Bundesregierung sicher, dass die Mittel aus den Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus von den Kommunen sachgerecht verwendet bzw. verteilt werden?

Für die Umsetzung des Programmbereichs „Entwicklung integrierter lokaler Strategien“ (Lokale Aktionspläne) innerhalb des Programms „VIELFALT TUT GUT.“ wurden durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Leitlinien erlassen.

Die Leitlinien regeln das Verfahren zur Entwicklung und Umsetzung eines Lokalen Aktionsplanes; sie beinhalten Bestimmungen zum Inhalt des Lokalen Aktionsplans und der Umsetzungsstruktur vor Ort genauso wie förderrechtliche Regelungen, mit Hilfe derer eine sachgemäße Mittelverwendung gewährleistet werden soll.

So ist in den Leitlinien verbindlich festgelegt, dass der lokale Begleitausschuss, der neben Vertretern der kommunal Verantwortlichen mit lokalen Handlungsträgern aus der Mitte der Zivilgesellschaft besetzt wird, die Entscheidungen über die im Rahmen des Lokalen Aktionsplans zu fördernden Einzelprojekte trifft.

Des Weiteren finden sich dezidierte Regelungen zu Fördergrundsätzen, Förder Voraussetzungen, Förderungs- und Finanzierungsarten, zu Umfang, Höhe und Dauer der Förderung und den Anforderungen an Zuwendungsempfänger sowie zum näheren Antrags-, Bewilligungs- und Verwendungsnachweisverfahren.

Die Leitlinien sind verbindlicher Bestandteil des Zuwendungsbescheides gegenüber den ausgewählten Kommunen, Landkreisen und Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften. Die Leitlinien sind auf der Homepage der Regiestelle unter www.entimon.de/content/e859/e869/e876/Leitlinien_Entwicklung_integrierter_lokaler_Strategien_LAP.pdf abrufbar.

Für die Gesamtsteuerung des Bundesprogramms „VIELFALT TUT GUT.“ wurde nach einer europaweit durchgeführten offenen Ausschreibung die Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung (gsub) mbH als Regiestelle beauftragt. Zu den Aufgaben der Regiestelle gehört es insbesondere, über die Einhaltung der Leitlinien, insbesondere die sachgerechte Mittelverwendung und -verteilung durch die Kommunen, Landkreise und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften zu wachen. In Bezug auf die sachgerechte Verwendung und Verteilung von Fördermitteln an Kommunen mit dem Instrument Lokale Aktionspläne verfügt die gsub mbH dabei über mehrjährige Erfahrungen als Projektträgerin im Rahmen der Umsetzung des Bundesprogramms „Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS)“ in einer Arbeitsgemeinschaft mit der Stiftung Sozialpädagogisches Institut Berlin (SPI).

Der Regiestelle obliegt es ferner, auf der Grundlage der geltenden Leitlinien die nähere Aufbau- und Ablauforganisation im Programmbereich zu entwickeln. Die Regiestelle hat dazu eine Arbeitshilfe für die Kommunen, Landkreise und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften erstellt, die die verbindlichen Festlegungen der Leitlinien aufgreift, näher erläutert und konkrete Handlungsempfehlungen zur Entwicklung und Implementierung eines Lokalen Aktionsplanes gibt. Die Schwerpunkte der inhaltlichen Ausgestaltung und die Vergabestrukturen sind entsprechend der Leitlinien partizipativ und klar geregelt.

Darüber hinaus fließen die Ergebnisse der jährlichen Fortschrittsberichte auf der Gesamtprogrammebene ebenso wie die Evaluationen der einzelnen Programmsäulen in die Programmsteuerung ein.

2. Wie kann die Bundesregierung verhindern, dass Länder und Kommunen Zuweisungen aus den Programmen verwenden, um damit fehlende Mittel in der Jugendhilfe zu kompensieren?

In den Leitlinien der beiden Programme „VIELFALT TUT GUT.“ und „Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ ist im Punkt „allgemeine Fördergrundsätze“ verbindlich geregelt, dass die Programme nicht der Reduzierung von Länderausgaben oder kommunalen Ausgaben dienen. Im Förderantrag sind Abgrenzungen zu in der Region bereits existierenden Maßnahmen und die Alleinstellungsmerkmale des geplanten Vorhabens darzustellen.

Weitere Voraussetzungen für die Förderung sind die Zusätzlichkeit und der Innovationsgehalt des beantragten Vorhabens oder – unter quantitativen und qualitativen Gesichtspunkten – eine erhebliche Ausweitung bisheriger Aktivitäten, die eine Einordnung als neue, noch nicht begonnene Maßnahme rechtfertigen.

Durch die Regiestelle im Programm „VIELFALT TUT GUT.“ und durch die Zentralstelle im Programm „Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ wird die Vergabe der Fördermittel im Rahmen des Mittelabrufs und der Verwendungsnachweislegung überprüft. Zudem werden Ergebnisberichte als Zwischenberichte eingefordert. In diesem

Zusammenhang werden die Zielstellungen den bisher erreichten Ergebnissen gegenübergestellt.

Sollten eindeutige Fehlentwicklungen bei der Umsetzung des Lokalen Aktionsplans durch die Regiestelle oder bei der Umsetzung der Beratungsnetzwerke durch die Zentralstelle festgestellt werden, wird nach Rücksprache mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Förderung nicht weiter fortgesetzt. Die Bewilligungen in beiden Programmen erfolgen jeweils für ein Förderjahr, eine Überprüfung der Zielstellungen und Ergebnisse ist damit jährlich möglich.

3. Wie definiert die Bundesregierung im Programm „Förderung von Beratungsnetzwerken“ den Begriff der „Krise“, welche eine Intervention notwendig macht?

Das Bundesprogramm „Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ definiert eine Krise als eine akut bedrohliche Situation mit rechtsextremem, fremdenfeindlichem und antisemitischem Hintergrund. Lokale Krisensituationen können im Einzelfall ganz unterschiedlich aussehen.

Sie können beispielsweise resultieren aus:

- dem Versuch der Unterwanderung oder Übernahme der örtlichen Jugendarbeit oder der Engagementstrukturen der Bürgergesellschaft durch rechtsextremistische, fremdenfeindliche oder antisemitische Strukturen;
- der Entstehung von „Angstzonen“;
- der Bildung einer rechtsextremistisch, fremdenfeindlich oder antisemitisch beeinflussten (oder gesteuerten) Bürgerinitiative gegen die Inbetriebnahme beispielsweise eines Asylbewerberheims, einer Obdachlosenheimstätte, eines Behindertenwohnheims, einer Moschee, einer Gedenkstätte etc.;
- dem Versuch der Immobilienübernahme zum Zwecke der Einrichtung einer rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen oder antisemitischen Schulungs- oder Veranstaltungsstätte;
- durch rechtsextremistische, fremdenfeindliche oder antisemitische Strukturen organisierte jugendkulturelle Veranstaltungen, z. B. Konzerte, Einflussnahmen im Schulumfeld, Infostände, Hauspostsendungen usw.;
- Gewaltaktionen bzw. Sachbeschädigungen, wie Friedhof- oder Gedenkstättenbeschädigungen;
- rechtsextremistisch, fremdenfeindlich oder antisemitisch motivierten Provokationen wie z. B. Demonstrationen;
- rechtsextremistisch, fremdenfeindlich oder antisemitisch motivierten Gewalttaten gegenüber Personen wie Migrantinnen und Migranten, Obdachlosen oder Behinderten.

Auf solche örtlichen Krisensituationen muss wirksam reagiert werden. Dies geschieht durch die Intervention. Intervention bedeutet die anlassbezogene, unmittelbare und zeitlich befristete Einflussnahme von außen auf eine akut bedrohliche Situation mit rechtsextremem, fremdenfeindlichem und antisemitischem Hintergrund. Sie bedeutet Hilfe zur Selbsthilfe. Deshalb ist die Dauer der Intervention zeitlich begrenzt. Die Intervention leistet das Mobile Interventionsteam, das jeweils für den konkreten Einsatz vor Ort aus dem Beratungsnetzwerk zusammengesetzt wird.

4. An welche verbindlichen Richtlinien sind die Bundesländer bei der Ausgestaltung von Kriseninterventionen gebunden?

Die Länder sind bei der Ausgestaltung von Kriseninterventionen an die Leitlinien des Bundesprogramms „Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ vom 11. Mai 2007 gebunden. Die Leitlinien regeln die Aufgaben der Landeskoordinierungsstelle, der Beratungsnetzwerke sowie die Aufgaben und Arbeitsweise der Mobilen Interventionsteams. Ferner legen die Leitlinien fest, zu welchen Punkten das Konzept der Länder, das Voraussetzung für eine Förderung ist, konkrete Aussagen treffen muss. Zu diesen Punkten gehört u. a. die Darstellung der geplanten Arbeits- und Organisationsstruktur – unter Berücksichtigung der geplanten Zusammenarbeit zwischen Beratungsnetzwerk und Landeskoordinierungsstelle – von der Kenntnisnahme bis zum Einsatz des Mobilen Interventionsteams sowie die Beschreibung der geplanten Arbeitsweise der Mobilen Interventionsteams. Die Leitlinien sind auf der Homepage der Zentralstelle unter www.jugendstiftung.org/foerderung/beratungsnetzwerke/index.html abrufbar.

5. Auf welche Weise wird innerhalb des in Frage 4 angesprochenen Gestaltungsspielraums auf die spezifischen Probleme in den einzelnen Ländern Rücksicht genommen?

Für eine erfolgreiche Beratungsarbeit in den einzelnen Bundesländern ist es unerlässlich, die je nach Land unterschiedlichen Ausgangssituationen, Bedarfe und Strukturen in den Blick zu nehmen.

Deshalb sollen die landespezifischen Besonderheiten bereits bei der Entwicklung des Konzeptes, welches Grundlage für die Förderung eines landesweiten Beratungsnetzwerkes und der Arbeit der Mobilen Interventionsteams ist, durch die Länder berücksichtigt werden.

So ist Ausgangspunkt des Konzeptes die Darstellung der spezifischen Problemlage im jeweiligen Bundesland in Bezug auf den Rechtsextremismus. Weiterhin sind von den Ländern die im Land durchgeführten oder durch das Land verantworteten Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus, deren Finanzierung, Umsetzung, fachliche Beurteilung und die Einbindung des zukünftigen Beratungsnetzwerkes und der Mobilen Interventionsteams in bestehende oder geplante landesweite Entwicklungskonzepte darzulegen. Ausgehend von der spezifischen Ausgangssituation und darauf abgestimmt sollen dann konkrete Vorschläge zur Errichtung des landesweiten Beratungsnetzwerkes und der Arbeit der Mobilen Interventionsteams unterbreitet werden.

6. Welche Präventionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus sind aus Sicht der Bundesregierung im Rahmen des Programms „Förderung von Beratungsnetzwerken“ möglich?

Das Bundesprogramm „Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ ergänzt insbesondere auch in der Fläche sinnvoll das präventiv angelegte Programm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend „VIELFALT TUT GUT.“ Die Aufgabe der Mobilen Interventionsteams ist es, anlassorientiert, unmittelbar, aufsuchend und mit einer klaren zeitlichen Befristung auf krisenhafte Situationen vor Ort zu reagieren. Im Vordergrund steht dabei die Beratung der Betroffenen und vor Ort Zuständigen, um sie in die Lage zu versetzen, die Problemsituation selbst lösen zu können und ein nachhaltiges Konzept zu entwickeln.

Mit dieser Beratungshilfe unterstützt das Programm „Förderung von Beratungsnetzwerken“ auch die präventive Arbeit vor Ort, zum Beispiel Projekte, Aktionen und Maßnahmen im Rahmen von Lokalen Aktionsplänen.

7. Mit welchen Instrumenten stellt die Bundesregierung sicher, dass eine Verzahnung zwischen beiden Bundesprogrammen stattfindet, damit sich an eine gelungene Krisenintervention (Fünf-Millionen-Programm) ein Begleitprozess anschließt mit dem Ziel, durch Prävention künftigen Krisen vorzubeugen?

Beide Programme tragen mit ihren unterschiedlichen Ansätzen der Prävention und Intervention zur Umsetzung der Strategie der Bundesregierung im Kampf gegen den Rechtsextremismus bei. Eine enge Verzahnung der Programme ist dazu eine wichtige Voraussetzung.

So wurde für beide Programme ein gemeinsamer Beirat eingesetzt, der die Umsetzung der Programme und deren Zusammensetzung fachlich begleitet. Die konstituierende Sitzung des Beirates fand am 30. Mai 2007 in Berlin statt.

Die Programmevaluation der beiden Programme „VIELFALT TUT GUT.“ und „Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ erfolgt ebenfalls zentral durch das Deutsche Jugendinstitut (DJI), ergänzt und untersetzt durch eigenständige wissenschaftliche Begleitungen der Programmsäulen „Entwicklung integrierter lokaler Strategien“ und „Modellprojekte: Jugend, Bildung und Prävention“ im Rahmen des Programms „VIELFALT TUT GUT.“ sowie der Programmsäule „Beratungsnetzwerke und Mobile Interventionsteams“ im Rahmen des Programms „Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“.

Darüber hinaus ist, wie bereits im Rahmen der Durchführung der beiden Bundesprogramme CIVITAS und ENTIMON bewährt, eine kontinuierliche Zusammenarbeit und ein regelmäßiger Austausch zwischen den beiden Programmumsetzungsstellen – der Regiestelle im Programm „VIELFALT TUT GUT.“ und der Zentralstelle im Programm Beratungsnetzwerke – vorgesehen. Dazu gehören themenspezifische Abstimmungsrunden und ausgewählte Veranstaltungen – unter Einbeziehung aller geförderten Projekte. Darüber hinaus wird die Öffentlichkeitsarbeit der beiden Programme aufeinander abgestimmt.

8. Auf welche Weise wird die Bundesregierung verhindern, dass mit dem Einrichten von Coachingstrukturen für Lokale Aktionspläne innerhalb des Programms „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ Doppelstrukturen zu den Angeboten der mobilen Beratungsteams (MBT) entstehen?

Die Einsetzung der jeweiligen Coachingteams für die Lokalen Aktionspläne erfolgte auf Vorschlag der Obersten Landesjugendbehörden als zuständiges Fachressort für das Programm „VIELFALT TUT GUT.“. Die Aufgaben des begleitenden Coachingprozesses unterscheiden sich von den Aufgaben Mobiler Beratungsteams, die auch in ihrer zukünftigen Funktion als Bestandteil der Beratungsnetzwerke auf die beratende Intervention in Krisenfällen mit rechtsextremistischem Hintergrund ausgerichtet sind. Bei dem Coachingangebot handelt es sich um ein zeitlich befristetes Angebot gegenüber der Kommune mit dem Zweck der Entwicklung, Implementierung und Fortschreibung Lokaler Aktionspläne im Rahmen des Programms „Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“.

Die Coaches sollen der Kommune, dem Landkreis bzw. dem Zusammenschluss von Gebietskörperschaften bei der anspruchsvollen Aufgabe der Entwicklung der lokalen Strategie, der Schaffung der entsprechenden Umsetzungsstrukturen

und Gremien sowie der Umsetzung der Strategie im Fördergebiet in den Anfängen unterstützend zur Seite stehen.

Der Handlungsrahmen der Coachingteams ist in einem Coachingleitfaden definiert. Dieser Leitfaden ist auf der Homepage der Regiestelle unter www.entimon.de/content/e859/e878/e881/Leitfaden_Coaching_20.04.07.pdf abrufbar.

9. Gab es im Rahmen des Programms „Förderung von Beratungsnetzwerken“ eine Ausschreibung der „Zentralstelle“?
 - a) Falls nein, aus welchen Gründen nicht?

Hätte nach geltenden Richtlinien und Gesetzen des Bundes und/oder der EU die Vergabe der Zentralstelle ausgeschrieben werden müssen?
 - b) Falls ja, wo wurde die Zentralstelle ausgeschrieben, wann begann die Ausschreibung und wie waren die Bewerbungsfristen?

Wer bewarb sich auf die Ausschreibung?

Was gab den Ausschlag dafür, dass die Stiftung Demokratische Jugend den Zuschlag bekam?

Wann wurde von wem entschieden, dass die Stiftung Demokratische Jugend den Zuschlag bekam?

Zur Beantwortung der Frage wird auf die Antwort der Bundesregierung vom 2. Mai 2007 zu den schriftlichen Fragen 4/130 bis 4/132 der Abgeordneten Ulla Jelpke vom 25. April 2007 verwiesen

10. Fließen Evaluations-Ergebnisse der Vorläuferprogramme (vor allem Civitas) in die Umsetzung der neuen Programme ein?

Falls ja, in welche konkreten Maßnahmen?

Falls nein, aus welchen Gründen nicht?

Die Evaluationsergebnisse der Programme ENTIMON und CIVITAS waren ein wesentlicher Ausgangspunkt für die Konzeptentwicklung der neuen Bundesprogramme und wurden entsprechend berücksichtigt. Insbesondere die Feststellung, dass wichtige Erfolgsfaktoren für eine nachhaltige Wirksamkeit des Handelns darin bestehen, dass fachübergreifende Netzwerke und ein Zusammenwirken von zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren organisiert werden können, stellt die Grundlage für die nachhaltige Ausrichtung der Lokalen Aktionspläne als auch die beabsichtigte Kompetenzbündelung in den Beratungsnetzwerken dar.

Durch die wissenschaftliche Begleitung ENTIMON wurde festgestellt, dass die Initiierung, Begleitung und Sicherung von Netzwerkprozessen zeit- und arbeitsaufwändig sind und eine Reihe von strukturellen, fachlichen und personellen Voraussetzungen bedingen. Im Rahmen der Untersuchungen hat sich gezeigt, dass zivilgesellschaftliche Netzwerke und Lokale Aktionspläne nur dann Chancen haben, auf Dauer wirksam zu sein, wenn sie auf positive Resonanz vor Ort stoßen und wenn ihre Anliegen – wenn schon nicht überall, so doch mindestens an vor Ort relevanten Stellen – auf Anerkennung stoßen. Jede Form der lokalen politischen Unterstützung und alle Maßnahmen, die diese fördern, wären in diesem Sinne hilfreiche nächste Schritte.

In diesem Sinne ist es erstrebenswert, dass die Kommunen und Landkreise möglichst frühzeitig eingebunden und in die Verantwortung genommen werden. Diese Ergebnisse wurden bei der Konzipierung des Programmbereichs

„Entwicklung integrierter lokaler Strategien“ (Lokale Aktionspläne) berücksichtigt. Die Verantwortung für den Lokalen Aktionsplan liegt bei der Kommune/beim Landkreis. Die Kommune, der Landkreis bzw. der Zusammenschluss von Gebietskörperschaften ist verpflichtet, den Lokalen Aktionsplan unter Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Akteure zu entwickeln und umzusetzen. Hierzu wird ein lokaler Begleitausschuss gebildet, der neben Vertreterinnen und Vertreter des Ämternetzwerkes auch mit lokalen Handlungsträgern aus der Mitte der Zivilgesellschaft besetzt wird.

Der Begleitausschuss entscheidet über die zu fördernden Einzelprojekte, die zur Umsetzung der Zielstellungen des Lokalen Aktionsplans durchgeführt werden sollen, begleitet die Umsetzung des Lokalen Aktionsplans und dessen Fortschreibung und organisiert die Zusammenarbeit mit den zivilgesellschaftlichen Partnern.

Im Programm „Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ wird das Zusammenwirken von staatlichen Einrichtungen und nichtstaatlichen Organisationen im landesweiten Kontext angestrebt. Bereits in vorhandenen Landesprogrammen und -projekten gegen Rechtsextremismus bestehen in einigen Ländern Kooperationsverbünde zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen. Auf diese bestehenden Arbeitszusammenhänge wird im Rahmen der Umsetzung landesweiter Beratungsnetzwerke und Mobiler Interventionsteams aufgebaut und weitere relevante staatliche und nichtstaatliche Einrichtungen, Organisationen und Akteure werden für die Beratungsarbeit gewonnen.

Nicht zuletzt bilden die methodischen Erfahrungen der wissenschaftlichen Begleitungen der Programme CIVITAS und ENTIMON einen wichtigen Erfahrungshintergrund bei der Konzeptionierung der Programmevaluation und wissenschaftlichen Begleitungen der einzelnen Programmsäulen der beiden Programme „VIELFALT TUT GUT.“ und „Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“.